

Antworten der Parteien auf die Fragen des BUND Jüchen zur Kommunalwahl 2014, nach Themen geordnet

Reihenfolge nach Eingang der Antwortschreiben

Artenvielfalt

Aufgrund der intensiven, ausgedehnten Landwirtschaft und der großen Siedlungs- und Gewerbeflächen gibt es in Jüchen keine ursprünglichen Naturräume mehr. Naturnahe Bereiche gibt es nur selten, sie sind nur kleinflächig und artenarm. Eine zusätzliche Belastung entsteht, weil sie als Naherholungsgebiete dienen. Voraussetzung für eine Entwicklung zu mehr Artenvielfalt sind störungsfreie Rückzugszonen.

Frage I: Was werden Sie unternehmen, um den Verlust an Pflanzen- und Tierarten sowie an Lebensräumen aufzuhalten? Mit welchen Maßnahmen soll die Artenvielfalt erhöht werden?

Frage II: Wo sollen Tier- und Pflanzenschutzzone eingerichtet werden, die nicht gleichzeitig zur Naherholung genutzt werden.

DieLinke

ad I: Den weiteren Verlust an Lebensraum für Pflanzen- und Tierarten ist nur mit einer effektiveren Nutzung der Wohn- und Gewerbegebiete sowie die biologische Landwirtschaft-Flächen möglich. Dieses kann auch auf Gemeindefestsetzungen hin geschehen.

ad II: Dieses wird in der Gemeinde Jüchen derzeit kaum möglich sein, da die Hälfte des Gemeindegebietes weggebaggert wurde und dafür keinerlei Ausgleichsfläche besteht.

SÖWA

Kein Kommentar

B90/DieGrünen

Die Artenvielfalt zu Erhalten bedeutet Räume vor zuhalten wie Bachläufe, Hecken oder zusammenhängende Waldgebiete. Es ist Tatsache, dass die Aufforstung für Landwirte sich kurz bis mittelfristig nicht rechnet. Daher werden wir die Rekultivierung des Tagebaues mit einem größeren Waldgebiet (evtl. um einen Rest See) mit in die Planungen einbeziehen. Am Beispiel vom Liedberg sehen wir, dass auch eine Abgrenzung zwischen Naherholung und Schutzgebieten für Flora und Fauna möglich ist. Wertvolle und alte Bäume zu schützen bedeutet eine Baumsatzung für Jüchen zu erlassen. Vielen anderen Kommunen und Städten ist das schon gelungen. Allein der politische Wille hinkt in Jüchen hinterher.

FWG

Die Gemeinde Jüchen leidet darunter, dass mehr als ein Drittel ihres Gemeindegebietes dem Tagebau zum Opfer gefallen sind. Dies bedeutet für das verbleibende Gemeindegebiet, dass alle Aspekte des Lebens, Wohnens, des Verkehrs, der Wirtschaft etc. aber auch des Umweltschutzes in diesem Gebiet komprimiert berücksichtigt werden müssen. Dies führt dazu, dass es zwangsläufig zu Interessenskonflikten in der Abwägung aller Aspekte des Gemeinwohls kommen muss.

Hinsichtlich des Artenschutzes haben wir uns bisher dafür eingesetzt, dass eben nicht eine geplante L354n in Hochneukirch den bisherigen Grüngürtel zerschneidet (siehe dazu auch http://fwg2014.blogspot.de/p/blog-page_14.html) Außerdem treten wir dafür ein, die Tagebaubereiche schneller zu rekultivieren.

SPD

Der FNP sieht im Rekultivierungsgebiet eine schmale Baumzone zwischen Jüchen und Elsen/Grevenbroich vor. Große Schutzzonen ohne Nutzung zur Naherholung sind schwerlich einzurichten.